
Quarterly Recap Nr. 1: Januar – März 2026

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien
Quarterly Recap



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein heißer, kräftiger Südostwind, der Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und bis nach Norditalien trägt und oftmals nur wenige Stunden anhält. Dieser Newsletter wird seit 2023 regelmäßig veröffentlicht und erscheint seit Juni 2025 in neuer Form (Timeline) auf unserer Webseite. Dies ist die vierteljährliche Zusammenfassung der wichtigsten Themen.

Italiens Migrationspolitik

Januar, 28. 2026

Das neue Sicherheitspaket

Die italienische Regierung hat kürzlich das sogenannte „[Sicherheitspaket](#)“ vorgestellt, das aus zwei neuen Gesetzesinstrumenten, einem Gesetzentwurf und einem Dekret, besteht und neue Maßnahmen zur öffentlichen Ordnung, Migration, Jugendkriminalität sowie zur Einschränkung von Demonstrationen einführt. Das Paket wird voraussichtlich bis Ende Januar vom Kabinett verabschiedet.

Im Bereich der Migration nutzt die Regierung das Paket, um weitere Verschärfungen durchzusetzen. Die Kategorien von Familienangehörigen, für die ein Antrag auf Familienzusammenführung gestellt werden kann, werden eingeschränkt. So müssen beispielsweise im Ausland geschlossene Ehen künftig in Italien registriert werden. Unterhaltsberechtigten Eltern werden nur noch berücksichtigt, wenn sie keine Kinder in ihrem Herkunftsland haben oder über 65 Jahre alt sind. Für unbegleitete ausländische Minderjährige wurde das sogenannte [Zampa-Gesetz](#) geändert, indem das Höchstalter, bis zu dem junge Migrant*innen von den Aufnahmeprogrammen profitieren können, von 21 auf 19 Jahre gesenkt wurde. Salvini's Lega instrumentalisiert diese Maßnahmen weiterhin zur politischen Zuspitzung migrationspolitischer Debatten. Der Innenminister Matteo Piantedosi hat zudem angekündigt, das Netz der [Abschiebezentren \(CPR\)](#) auszuweiten und die Bewegungsfreiheit weiter einzuschränken.

Darüber hinaus sieht das Paket die Möglichkeit vor, das Durchqueren der italienischen Gewässer für einen Zeitraum von bis zu dreißig Tagen zu untersagen, der um weitere dreißig Tage verlängert werden kann, bis zu einer Gesamtdauer von höchstens sechs Monaten. Dies soll in Fällen gelten, die als „schwere Bedrohungen der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit“ eingestuft

werden, darunter ein konkretes Risiko terroristischer Handlungen oder der Infiltration von Terroristen in das Staatsgebiet, „außergewöhnlicher Migrationsdruck“, der die sichere Verwaltung der Grenzen gefährdet, internationale Gesundheitsnotlagen sowie hochrangige internationale Veranstaltungen, die außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erfordern. Menschen auf der Flucht, die an Bord von Schiffen angetroffen werden, können zudem in Drittstaaten verbracht werden, die nicht ihr Herkunfts- oder Transitland sind, sofern Italien mit diesen Staaten spezielle Abkommen oder Vereinbarungen geschlossen hat. Diese sollen die Unterstützung, Aufnahme oder Inhaftierung der betroffenen Personen in speziellen Einrichtungen vorsehen, in denen internationale Organisationen tätig sind, die auf Migration und Asyl spezialisiert sind, auch zum Zweck der Rückführung in das Herkunftsland. Für Verstöße sind Sanktionen vorgesehen.

Diese Entwicklungen könnten mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zusammenhängen und werfen ernste Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht und der Einhaltung von Menschenrechten auf. Insbesondere die Einführung des Konzepts des „sicheren Drittstaates“ in das nationale Recht scheint mit der neuen GEAS-Reform verknüpft zu sein, die 2026 in Kraft treten soll

Februar, 19 2026

Atteste, Abschiebungen, Anklagen: Wie der Staat medizinische Urteile politisiert

In Ravenna haben diese Woche Ermittlungen [gegen mittlerweile acht Ärzt*innen](#) begonnen, die beschuldigt werden, falsche ärztliche Atteste für Migrant*innen ausgestellt zu haben. Ihnen wird vorgeworfen, Personen als reiseunfähig oder sie als [für die Unterbringung in einem Abschiebezentrum ungeeignet](#) eingestuft zu haben, um Rückführungen zu verhindern. Die Ermittlungsbehörden prüfen den Verdacht einer ["fortgesetzten ideologischen Fälschung"](#) in öffentlichen Urkunden. In diesem Zusammenhang durchsuchten [Beamte der Staatspolizei](#) die Abteilung für Infektionskrankheiten im Krankenhaus Santa Maria delle Croci. Auch [Privatwohnungen und Autos wurden durchsucht](#), dabei wurden unter anderem Computer und Smartphones beschlagnahmt.

Politisch wurde der Fall umgehend zugespitzt. Matteo Salvini und Innenminister Piantedosi kritisierten das Vorgehen der Ärzt*innen scharf; Salvini stellte hierbei öffentlich [Entlassungen, den Entzug der Approbation](#) sowie Verhaftungen in Aussicht.

Berufsverbände wiederum warnten, dass Art und Umfang der Ermittlungsmaßnahmen das [Vertrauensverhältnis im Gesundheitswesen](#) untergraben könnten und eine einschüchternde Wirkung auf die gesamte Ärzt*innenschaft bewirken. Zudem wurde kritisiert, dass durch die Durchsuchung im Klinikbetrieb die Versorgung hospitalisierter Patient*innen unterbrochen und der öffentliche Dienst gestört worden sei.

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht damit die Frage nach der [Unabhängigkeit des ärztlichen Urteils](#). Ärztekammern betonen, medizinische Einschätzungen dürften nicht durch politische Interessen instrumentalisiert werden. Gleichzeitig verweisen Akteure wie SIMM (Italienische Gesellschaft für Migrationsmedizin), ASGI (Vereinigung für Rechtsstudien zur Einwanderung) sowie das Netzwerk [„Mai più lager - No ai CPR“](#) darauf hin, dass CPR (Abschiebezentrum) als Orte beschrieben werden, die Infektionen und schwere psychische Störungen begünstigen. Vor diesem Hintergrund wird argumentiert, dass Ärzt*innen, die Untauglichkeit attestieren, nicht „politisch“ handeln, sondern präventiv – im Sinne des ethischen Grundsatzes der Nichtschädigung. Da Ärzt*innen keine Bürokrat*innen sind, die Migrationspolitik umsetzen, sind ihre Beurteilungen zudem evidenzbasiert, fallspezifisch und zielen darauf ab, das Grundrecht auf Gesundheit zu schützen. Vorwürfe politischer Voreingenommenheit bergen das Risiko, ein Klima der Besorgnis und Unsicherheit zu schaffen, das Ärzt*innen davon abhalten könnte, eine Person als nicht geeignet für eine Rückführung einzustufen – aus Sorge, selbst ins Visier von Ermittlungen zu geraten oder in Frage gestellt zu werden. Hier wird oft auf den ärztlichen [Verhaltenskodex \(Art. 32\)](#) verwiesen, der den besonderen Schutz von Minderjährigen, Gewaltbetroffenen und vulnerablen Personen betont. Insbesondere dann, wenn das Umfeld Gesundheit, Würde und Lebensqualität nicht gewährleistet.

Erinnert sei hier an den [Tod des 26-jährigen Simo Said im CPR Bari-Palese](#): Obwohl erste Berichte von „natürlichen Ursachen“ (arresto cardiocircolatorio) sprachen, stellen Angehörige und

Beobachter*innen diese Darstellung in Frage und fordern Aufklärung – auch das stützt die Kritik, dass CPR keineswegs nur verwalten, sondern Orte darstellen, in denen sich physische und psychische Krisen zuspitzen.

Für die betroffenen Ärzt*innen entsteht jedenfalls dadurch eine Konfliktsituation: Ihr ärztlicher Schutzauftrag und ihr ethischer Kodex stehen im Widerspruch zu staatlichen Erwartungen, die Haft- und Abschiebepaxis faktisch zu stützen. Dadurch geraten sie erheblich unter Druck.

Als Reaktion auf die Anschuldigungen startete SIMM die Petition „La cura non è un reato“ („Heilen ist kein Verbrechen“); [Link zur Petition: <https://www.change.org/p/appello-urgente-la-cura-non-è-un-reato>](#)), die binnen kurzer Zeit über 30.000 Unterschriften sammelte. Begleitet wurde dies von [Solidaritätsbekundungen und einem Flashmob](#) vor dem Krankenhaus – nicht nur als Unterstützung der beschuldigten Ärzt*innen, sondern auch als Erinnerung an den gesellschaftlichen Wert von Pflege- und Gesundheitsarbeit.

Insgesamt reiht sich der Fall in eine Serie migrationspolitischer Zuspitzungen in Italien ein, im Kontext dessen sich derzeit in Regierungskreisen ein wiederkehrendes Narrativ beobachten lässt: Migrationsfeindliche Vorhaben – insbesondere Abschiebungen – würden von einem [„politisierten Teil“ der italienischen Justiz](#) blockiert, so Georgia Meloni. In derselben Woche griff die Ministerpräsidentin dieses Deutungsmuster auf, als sie in einer Kundgebung beklagte, ein Teil der Justiz behinderte fortwährend die migrationspolitischen Ziele der Regierung. Zugleich bekräftigte sie die Entschlossenheit, den eingeschlagenen Kurs entschlossen fortzusetzen.

Frühere Debatten haben bereits gezeigt, dass dies nicht das erste Mal ist, dass medizinisches Personal unter Druck gerät: Wenn Versorgung an Überwachungs- und Abschiebelogiken gekoppelt wird, geraten Gesundheitsfachkräfte immens unter Druck. So werden sie [etwa durch die Kontrolle von Behandlungsabläufen oder die Forderung danach, zum Zeitpunkt der Entlassung benachrichtigt zu werden](#), darin eingeschränkt, ihrer ethischen Pflicht nachzukommen und Patient*innen zu schützen. So wird das Krankenhaus vom Schutzraum zur potenziellen Schnittstelle staatlicher Sanktion – mit abschreckenden Folgen für die Inanspruchnahme von Behandlung und damit auch für die öffentliche Gesundheit.

Gerade in diesem Klima wird das Verfahren gegen die acht Ärzt*innen zur Sollbruchstelle: Hier kollidieren Gesundheitsschutz, Haftlogik und menschenrechtliche Standards – und es zeigt sich deutlich, wie professionelle Urteile in politische Loyalitätsfragen umgedeutet werden können. Sichtbar wird auch ein zweiter Effekt: Wer sich – beruflich oder öffentlich – mit kriminalisierten Personen solidarisiert oder sie schützt, gerät selbst ins Visier. Die Grenze zwischen fachlicher Einschätzung und politischer Zuschreibung wird also brüchig; professionelle, ethisch fundierte medizinische Praxis wird zum Austragungsort einer migrationsfeindlichen Politik, die neben Migrant*innen auch diejenigen unter unangemessenen Druck setzt, die sie behandeln.

März, 05 2026

Die verzerrten Narrative politischer Selbstlegitimation: Wer spricht über jene, die nie ankommen?

Im Kontext der derzeitigen Maßnahmen und Entscheidungen der Migrationspolitik unter Giorgia Meloni verdichtet sich in den öffentlichen Debatten ein bekanntes, zuletzt aber besonders wirkmächtiges Narrativ: Politische Akteure stellen die **sinkenden Ankunftsahlen** über das Mittelmeer als Beleg erfolgreicher Politik dar – und **instrumentalisieren diesen Rückgang als Trophäe ihrer populistischen Kommunikation**. Der Blick richtet sich damit auf eine einzige Kennzahl: Wie viele kommen an? Was dabei aus dem Sichtfeld gerät, sind die menschlichen Kosten dieser „Erfolgsgeschichte“.

Genau gegen diese Verzerrung wenden sich in jüngster Zeit kirchliche Stimmen, insbesondere Bischöfe, mit Blick auf Ereignisse rund um den Zyklon Harry. Ihre Formel „**Meno arrivi, più morti**“ (Weniger Ankünfte, mehr Tote) ist also als eine Art Gegenrechnung zu verstehen: Sie erinnert daran, dass die Abnahme registrierter Ankünfte nicht automatisch weniger Leid bedeutet, sondern auch das Ergebnis von Abschottung ist, die Fluchtwege noch gefährlicher macht. Dass die politische Präsentation der Datenlage oft von Empathie entkoppelt ist, ist nicht neu; bemerkenswert ist jedoch, wie deutlich diese Entkopplung angesichts der aktuellen Zahlen hervortritt – Zahlen, die in ihrer Dramatik durchaus als „**rekordverdächtig**“ beschrieben werden können.

Diese sich gegenüberstehenden Realitäten von zwar wenigen Ankünften, aber mehr Toten und Vermissten, spiegeln sich in den Daten wider. Laut IOM wurden vom 1. Januar bis 10. Februar 2026 im Mittelmeer **mindestens 524 Menschen als tot oder vermisst registriert** – gegenüber 219 im gleichen Zeitraum 2025 – bei dem Versuch, Europa zu erreichen, vor allem auf den Seewegen von Nordafrika nach Europa. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Zahl weitaus höher liegt, weil viele Fälle nie dokumentiert werden. Zwischen dem 14. und 22. Januar 2026 kam es während des Sturms Harry zu zahlreichen „stillen Schiffbrüchen“ – also Unglücke, die häufig fernab öffentlicher Wahrnehmung geschehen – ohne Überlebende, die berichten können, ohne rechtzeitige Rettung, teils ohne Notruf oder ohne wirksame Antwort: Mindestens 15 namenlose Körper wurden bereits an die Küsten Kalabriens (Scalea, Tropea, Paola) und Siziliens (Pantelleria, Custonaci) gespült. Humanitäre Organisationen schätzen, dass während dieser Sturmtage insgesamt **rund 1000 Menschen im Mittelmeer** im Mittelmeer verschollen seien – und bis heute auch verschollen bleiben.

Wenn kalabrische Bischöfe sagen: „**Es ist keine Statistik, sondern eine ganze Gemeinschaft, die vom Meer verschlungen wurde, während Europa woandershin sah.**“ (Übersetzt aus dem Italienischen) zielen sie auf den Kern des Problems. Die offizielle Erfolgslogik wird damit grundsätzliche infrage gestellt: Wer ausschließlich Ankünfte zählt, entpolitisiert die Abwesenheit derer, die nie ankommen. Diese Perspektive lässt sich doppelt lesen. Erstens ist sie ein Plädoyer gegen die Rationalisierung und Instrumentalisierung von Zahlen: Aggregierte Daten mögen für politische Argumente instrumentalisiert werden – jeder einzelne Fall steht jedoch für ein Leben, für Trauer und für eine Lücke, die bleibt. Zweitens benennt sie das Wegsehen Europas als konkrete Praxis: als mangelnde Prävention, als unzureichende Rettungsstrukturen und als lückenhafte Aufarbeitung. In diesem Sinne wird die Forderung nach **sicheren humanitären Korridoren** für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt fliehen, zu einem zentralen Punkt des Appells.

Teil des gegenwärtigen Diskurses ist außerdem die Deutung, die Todesfälle ließen sich primär als Folge des Zyklons Harry erklären. Diese Konnotation ist jedoch irreführend – und oft nicht zufällig: Sie verlagert die Verantwortung von strukturellen, politisch beeinflussbaren Fluchtbedingungen auf „Naturereignisse“. Der Sturm wird damit zum bequemen Deutungsrahmen, der suggeriert, es

handle sich um eine unvermeidbare Tragödie. Gerade dagegen formulieren die Bischöfe ihre Kritik schärfer: Die Toten seien nicht bloß Opfer des Wetters, sondern Opfer „[unmenschlicher politischer Entscheidungen](#)“. Europas politische Entscheidungen könnten Risiken verringern – stattdessen verschärfen sie sie. Indem gefährliche Routen faktisch hingenommen und verspätete oder ausbleibende Rettungen zur Normalität werden, wächst die Gefahr mit jedem Ablegen. Natur wird hier also zu einer Art Kulisse, bei der Politik als unsichtbare steuernde Hand fungiert.

Aus diesem Grund ist der kirchliche Aufruf auch ein Aufruf zum Lautwerden und zum [Durchbrechen des Schweigens](#) – was auch bedeutet, nicht länger auszuweichen und oder Situationen zu beschönigen. Migrationspolitik wird vielfach entlang eines Bewertungsschemas geführt, das Ankünfte als Erfolg oder Misserfolg aufweist. Dabei wird strukturell ausgeblendet, wie genau dieses Bewertungsschema mit fehlender Hilfeleistung, mit der [Kriminalisierung ziviler Seenotrettung](#) und mit dem Verschwinden von Menschen auf der zentralen Mittelmeer Route zusammenhängt. Wer Menschen nicht sucht, überlässt sie dem Vergessen – und genau dieses Vergessen wird dann als „Rückgang“ verbucht.

Wie lokale Medien in diesem Zusammenhang bereits auf den Punkt gebracht haben, rückt jeder angeschwemmte Leichnam, ohne Namen und ohne offizielle Geschichte, eine Frage ins Zentrum, der die Politik lieber ausweicht: [Was bedeutet „Grenzkontrolle“ eigentlich, wenn genau diese Grenze weiterhin Tote hervorbringt?](#) Am Ende verschiebt sich somit also die entscheidende Frage, die wir uns stellen sollten: nicht, ob weniger Menschen Europa erreichen, sondern wie viele Europa nicht mehr lebend erreichen. Damit ist auch klar: Bestehende verzerrte Narrative müssen aufgebrochen werden, um zu verhindern, dass eine Verschiebung von Verantwortung politische Entscheidungen entlastet, die bestimmte Risiken erst produzieren oder verschärfen. Die wahren Verantwortlichkeiten müssen benannt, nicht umschrieben werden; und die Sprache muss direkter werden – in Medien, Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Solange in öffentlichen wie privaten Debatten die problematischen Dynamiken nicht beim Namen genannt werden, bleibt Gerechtigkeit für jene außer Reichweite, die Freund*innen, Angehörige oder ihr eigenes Leben verloren haben. Ein anderes Narrativ kann erst dort ansetzen, wo menschliche Würde nicht länger nachgeordnet verhandelt wird, sondern zum

Maßstab politischer Entscheidungen wird – und wo der Schutz des Lebens nicht gegen nationale Interessen und Grenzregime verrechnet, sondern als unantastbare Priorität anerkannt wird.

„[Il mare ci chiede conto](#)“ (Das Meer fordert Rechenschaft von uns) ist in diesem Sinne also keine poetische Metapher, sondern vielmehr eine moralische Diagnose: Schweigen wird zur Mitschuld, wenn es die Umdeutung von Tod in Erfolg mitträgt. Rechenschaft heißt dann, die Verschleierungen zu durchbrechen, Verantwortung sichtbar zu machen und sich kollektiv gegen eine Normalisierung des Sterbens zu stellen. Erst wenn diese Perspektive zur Leitfrage wird, kann sich das Narrativ lösen von der Fixierung auf Ankunfts zahlen – und hinwenden zu dem, was wirklich zählt: den Leben, die an den Grenzen Europas verloren gehen.

Italien-Albanien-Abkommen

März, 09 2026

Albanien-Transfers: rechtswidrig und grausam

Ende Februar hat die Regierung von Giorgia Meloni damit begonnen, das Abschiebezentrum in Gjadër in Albanien stärker zu belegen. Derzeit sind dort [neunzig Menschen](#) inhaftiert – die höchste Zahl seit der Eröffnung des Zentrums im Oktober 2024. Unter den Personen befindet sich auch der frühere [Zellengenosse von Simo Said](#), der am 12. Februar in einem Abschiebezentrum (CPR) in Apulia gestorben ist. Obwohl er als Zeuge gilt und im Rahmen der Voruntersuchungen zu Saims Tod befragt werden sollte, wurde er nach Gjadër verlegt. Besonders besorgniserregend ist, dass er dorthin gebracht wurde, obwohl er durch den Tod Saims traumatisiert ist. Er entwickelte schwere psychische Probleme und hat sich wiederholt selbst verletzt. Inzwischen haben die Behörden entschieden, ihn nach [Italien zurückzubringen](#). Am 26. Februar entschied die Vulnerabilitätskommission des Zentrums, dass er haftunfähig ist, und folgte damit einem Antrag des medizinischen Direktors der Einrichtung.

Ein weiteres [Muster](#) zeigt sich bei vielen der nach Albanien gebrachten Menschen: Viele von ihnen lebten jahrelang in Italien, verloren jedoch ihre Arbeit und infolgedessen ihre Aufenthaltserlaubnis. Es scheint, als wolle die [italienische Regierung](#) testen, wie das System mit größeren Zahlen funktioniert – im Hinblick auf den kommenden Juni, wenn das Gemeinsame

Europäische Asylsystem (GEAS) in Kraft treten soll. Nach Ansicht von Giorgia Meloni und Innenminister Matteo Piantedosi soll dieses alle Hindernisse für ihr unmenschliches Migrationsabkommen mit Albanien beseitigen.

Die [Rechtmäßigkeit](#) des Zentrums in Gjadër wird jedoch weiterhin vor dem Gerichtshof der Europäischen Union geprüft. Der italienische Kassationsgerichtshof hatte bereits Zweifel geäußert, ob die Inhaftierung von Migrant*innen in einer Einrichtung außerhalb des EU-Gebiets – selbst wenn sie von italienischen Behörden verwaltet wird – mit der EU-Rückführungsrichtlinie vereinbar ist. Zudem wurde infrage gestellt, ob die innerhalb der Europäischen Union garantierten Verfahrensgarantien tatsächlich in einem Zentrum in Albanien gewährleistet werden können.

Obwohl beim europäischen Gericht zwei Vorabentscheidungen anhängig sind – eines davon zur Gültigkeit des Protokolls, das das Zentrum geschaffen hat –, hat die Regierung die Transfers nicht ausgesetzt. Stattdessen hat sie die Verlegung von Inhaftierten aus italienischen CPRs nach Albanien sogar verstärkt. Laut dem [Anwalt Schiavone](#) können diese Transfers nicht mit der Anzahl der Menschen in den italienischen CPRs begründet werden, da viele CPRs in Italien unter ihrer Kapazität arbeiten. Seiner Ansicht nach erfüllt die Verlegung von Menschen, die bereits in Italien inhaftiert sind, nach Albanien keinen praktischen Zweck und führt dazu, dass sie dort ohne klare verfahrensrechtliche Notwendigkeit festgehalten werden. Er verweist auch auf die breitere europäische Diskussion über sogenannte „Return Hubs“, also Einrichtungen in Nicht-EU-Staaten, die in neuen Migrationsstrategien vorgesehen sind, um Menschen auf der Flucht aufzunehmen, die auf ihre Rückführung warten. Dieser Ansatz ähnelt der italienischen Vereinbarung mit Albanien. Würde das europäische Modell umgesetzt, würden solche Zentren im Ausland jedoch unter die Gerichtsbarkeit des Gastlandes fallen, anders als im derzeitigen Rahmen, in dem Italien die Kontrolle über die Einrichtungen in Albanien behält.

Mehrere andere Anwält*innen fordern inzwischen Entschädigungen wegen rechtswidriger Haft. Zudem wurden verschiedene [Menschenrechtswidrigkeiten](#) durch den Einsatz von Zwangsmitteln während der Transfers festgestellt. Viele Betroffene erhalten nicht einmal Informationen darüber, warum sie nach Albanien abgeschoben werden. Der [Mangel an rechtlicher Hilfe](#), die italienische Behörden nutzen,

um Verantwortung für Rechtsbrüche zu vermeiden, setzt sich mit den fortlaufenden Transfers nach Albanien fort.

Das italienische Migrationssystem und sein „albanisches Modell“ bleiben grausam und propagandistisch und dienen als gefährliches Muster für andere EU-Mitgliedstaaten, die ähnliche Verfahren anwenden könnten – wenn dieses Modell nicht gestoppt wird.

CPR

März, 27 2026

CPR: Ein System der endlosen Gewalt

Die Abschiebehafzentren (CPRs) in Italien sind weiterhin Orte, an denen grundlegende Rechte faktisch außer Kraft gesetzt werden. Sie sind geprägt von Isolation, Entmenschlichung und einem systematischen Einsatz von Gewalt. Mehrere kürzlich bekannt gewordene Fälle machen diese Zustände erneut sichtbar. Dennoch bleiben die meisten Fälle willkürlicher Gewalt sowie die erheblichen Gesundheitsrisiken, die mit dem Leben in CPRs verbunden sind, undokumentiert und finden kaum öffentliche Beachtung.

Dies zeigt sich auch im Fall von [Simo Said](#), der Anfang März im CPR in Bari verstarb. Offiziell wurde sein Tod auf einen Herzstillstand zurückgeführt, doch eine umfassende Untersuchung der Ursachen ist bislang ausgeblieben. Gleichzeitig wurde eine neue Untersuchung zu einem Fall aus dem Jahr 2023 im CPR von Trapani wieder aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Einstellung des Verfahrens gegen 18 Verdächtige, 17 von ihnen [wegen Folter](#) angeklagt, mit der Begründung mangelnder Beweise. Die Betroffenen legten jedoch über ihre Anwält*innen Widerspruch gegen diesen Antrag ein. Die in den Akten geschilderten Tatsachen zeichnen ein zutiefst beunruhigendes Bild: systematische Gewalt durch Beamte der Staatspolizei und der Finanzpolizei, die Inhaftierte über längere Zeiträume schlugen, traten und beleidigten. Hier bleibt anzumerken, dass es in den meisten Fällen von staatlicher Gewalt, nicht einmal zu einem Verfahren kommt.

Darüber hinaus zeigt ein [Bericht der Organisation Emergency](#), dass der Zugang für unabhängige Beobachter weiterhin stark eingeschränkt ist. Zwar konnten Mitglieder des italienischen Parlaments sowie des Europäischen Parlaments die

Einrichtungen besuchen, jedoch nur unter erheblichen Einschränkungen, die eine echte Transparenz verhindern.

Innerhalb der CPRs werden Menschen häufig bis zu 22 Stunden am Tag in sehr kleinen Zellen eingeschlossen, mit nur begrenztem Zugang zu frischer Luft und ohne klare Informationen darüber, wie lange ihre Inhaftierung dauern wird. Medizinische und psychologische Versorgung ist gravierend unzureichend. Dokumentiert sind unter anderem zahlreiche Fälle von Selbstverletzung, erzwungener Sedierung sowie mangelhafte hygienische Zustände.

Gleichzeitig treibt die italienische Regierung mit dem im Januar eingeführten „**Sicherheitspaket**“ den Ausbau dieses Systems weiter voran, unter anderem durch den Bau zusätzlicher Haftzentren im ganzen Land. Dies spiegelt eine grundlegende politische Entwicklung wider: die systematische Inhaftierung von Menschen, die keine Straftat begangen haben und lediglich aufgrund ihres Aufenthaltsstatus vom Staat „illegalisiert“ werden. Zudem fehlt häufig der Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln. Parallel dazu geraten auch medizinische Fachkräfte zunehmend unter Druck. Berichten zufolge werden **Ärzt*innen** dazu gedrängt, medizinische Bescheinigungen in einer Weise auszustellen oder zu verweigern, die die Inhaftierung erleichtert. Wie bereits in einem älteren **Scirocco** berichtet, untersuchen Ermittler*innen den Verdacht einer „fortgesetzten ideologischen Falschbeurkundung“ durch mehrere **Ärzt*innen in Ravenna**. Daraus ergibt sich ein erheblicher ethischer Konflikt: Der medizinische Auftrag zum Schutz der Gesundheit steht im Widerspruch zu staatlichen Erwartungen, die faktisch darauf abzielen, die medizinische Praxis in den Dienst von Inhaftierung und Abschiebung zu stellen.

Darüber hinaus drohen die neuen Rückführungsmaßnahmen im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems die administrative Inhaftierung als reguläres und legales **Instrument der Migrationspolitik zu etablieren**. Tatsächlich ist diese Praxis in Italien und anderen europäischen Ländern bereits seit Langem verbreitet. Dieses System der Isolierung und willkürlichen Inhaftierung führt nur zu weiterer Ausgrenzung und Gesundheitsrisiken und verstärkt einen Teufelskreis systematischer Gewalt, dem ein Ende gesetzt werden muss.

Europäische Migrationspolitik

Februar, 26 2026

Einen Schritt weiter Richtung Abschottung und Externalisierung: die Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rats der Europäischen Union

Nach der vorläufigen Einigung des Europäischen Parlaments und des EU-Ratsvorsitzes am **18.12.2025** (siehe **Scirocco 23.12.2025**), hat das Europäische Parlament die EU-weite Liste sicherer Herkunftsstaaten, sowie die Verordnung zu sicheren Drittstaaten am **10.02.2026** nun endgültig bestätigt. **408 Abgeordnete** stimmten für die Liste sicherer Herkunftsstaaten, **184** dagegen. **396** sprachen sich für das Konzept sicherer Drittstaaten aus, **226** dagegen. Seit dem **23.02.2026** hat nun auch der Rat der Europäischen Union abschließend zugestimmt. Dies bedeutet Grünes Licht für eine migrationsfeindliche Asylpolitik. Nach der ausführlichen Erklärung des Konzeptes sicherer Herkunftsstaaten und sicherer Drittstaaten im **Scirocco vom 23.12.2026** hier ein paar weitere Erläuterungen und Gründe, die die Problematik dieser Entscheidung verdeutlichen:

Die **EU-weite Liste sicherer Herkunftsländer** bedeutet, dass Anträge von Menschen aus dem Kosovo, Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Marokko und Tunesien **verpflichtend** in einem beschleunigten Verfahren geprüft werden müssen. Diese neue Regelung betrifft mit einigen Ausnahmen (wie Krieg und Menschenrechtsverletzungen) dabei auch **EU-Beitrittskandidaten**. Doch was bedeutet die Einigung auf eine gemeinsame Liste im Zusammenhang mit der Pflicht eines beschleunigten Verfahrens nun konkret? Es bedeutet, dass der Asylantrag eines Menschen aus einem sogenannten "sicheren Herkunftsland" **innerhalb von 3 Monaten** geprüft werden muss. Laut Pro Asyl bringt das beschleunigte Verfahren durch seine kurze Dauer die Gefahr von **"oberflächlichen Entscheidungen und mangelhaften Prüfungen"** mit sich. Zudem liegt es laut der **Pressemitteilung des Europäischen Parlaments** in Zukunft in der Verantwortung der Antragssteller*in zu beweisen, dass in seinem*ihrem spezifischen Fall die Sicherheitsannahme des sogenannten "sicheren Herkunftslandes" nicht zutrifft. **ECRE** hat die negativen Konsequenzen dieser Erneuerungen für das Recht auf Asyl dabei übersichtlich herausgearbeitet. So argumentieren sie, dass der Status als EU-Beitrittskandidat vor allem einen politischen Prozess darstellt und es fragwürdig ist, ob diese Länder tatsächlich für alle Personengruppen

sicher sind. Weiter gehen sie auch auf den beschleunigten Prozess ein und erklären, dass die Beweisvorlegung, insbesondere mit Hinblick auf eingeschränkte unabhängige legale Unterstützung, in der Praxis sehr schwierig sein kann. ECRE weist zuletzt darauf hin, dass eine niedrige durchschnittliche Schutzquote nicht ausschließt, dass einzelne Personengruppen weiterhin erheblichen Gefährdungen ausgesetzt sind. Dies betrifft insbesondere Frauen und Mädchen, LGBTQI+ Personen, Menschenrechtsaktivist*innen sowie Angehörige diskriminierter Minderheiten.

Neben diesen allgemeinen Kritikpunkten an der gemeinsamen Liste und den Aspekten, die damit einhergehen, wurde auch konkrete Kritik an der Nennung von bestimmten Ländern auf der Liste geäußert. So hatten sich bereits vor dem 10.02.2026 39 zivilgesellschaftliche

Organisationen zusammengeschlossen, um sich kollektiv gegen die Liste sicherer Herkunftsländer, sowie insbesondere die Aufnahme Tunesiens in diese Liste auszusprechen. Sie argumentieren dabei unter anderem mit der Beobachtung einer „Verschlechterung der bürgerlichen Freiheiten und der Grundrechte in Tunesien“ durch verschiedene Akteure. Doch nicht nur die Aufnahme Tunesiens wird kritisiert. So argumentieren wir, dass auch Ägypten nicht als sicheres Herkunftsländer gesehen werden sollte. Auch bei Bangladesch, als weiteres Beispiel, sollte diese Einstufung kritisch gesehen werden. So wird am 18.04.2025 in einem Beitrag der Nachrichtenseite Bangla Outlook ein Migrationsexperte zitiert, der erklärt, dass in Ländern wie Bangladesch die Sicherheit einer Person von vielen verschiedenen Aspekten abhängt und sehr unterschiedlich ausfallen kann. Menschenrechtsaktivist*innen sehen in der neuen Einstufung von Ländern als „sicher“ das Risiko, dass berechnigte Asylbegehren übersehen oder vorschnell abgelehnt werden könnten.

Neben der gemeinsamen Liste sicherer Herkunftsländer wurde aber auch grünes Licht für das „überarbeitete Konzept des sicheren Drittstaats“ gegeben. Dieses ermöglicht es EU-Staaten, Asylanträge als „unzulässig“ zu bewerten, wenn Menschen einen sicheren Drittstaat durchquert haben, ein Abkommen mit diesem Land besteht oder aber die Person eine „Verbindung“ zu diesem Land besitzt (siehe auch Scirocco vom 23.12.2026). Die Argumentation lautet, dass diese Menschen auch in diesem Land hätten Asyl beantragen können. ECRE hat dabei herausgearbeitet, was sich mit den neuen Regelungen zu sicheren Drittstaaten zusätzlich

ändert. So kann ein Land als sicherer Drittstaat gelten, wenn dort die Genferkonvention angewendet wird, genauso ist es aber auch möglich, dass in dem Land nur „effective protection“ (effektiver Schutz) gegeben ist. Wie ECRE erklärt, bedeutet diese „effective protection“ ein geringeres Maß an Schutz als jener der Genfer Konvention. Zudem ist es nun möglich, dass Länder auch nur teilweise als sicher eingestuft werden und bestimmte Regionen oder Personengruppen ausgenommen sind. Laut ECRE sind Auswirkungen des Konzepts sicherer Drittstaaten, dass Asylanträge von Menschen, die vermutlich das Anrecht auf Asyl hätten, ohne Bearbeitung des Antrags nun in der EU abgelehnt werden können. Stattdessen können sie in Länder abgeschoben werden, in denen sie möglicherweise noch nie waren und in denen laut ECRE ihr Recht auf Schutz nur bedingt gegeben ist.

Die vollständigen Regelungen im Rahmen der GEAS-Reform werden schließlich im Juni 2026 in Kraft treten. Die nationale sowie die EU-weite Einstufung von sicheren Drittstaaten kann jedoch bereits jetzt schon erfolgen. Genauso verhält es sich mit beschleunigten Verfahren in Bezug auf Menschen aus Ländern „mit einer Asylanerkennungsquote von unter 20%“.

Mit der Entscheidung zu sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten geht die Europäische Union einen Schritt weiter in Richtung eines Asylsystems, welches auf Externalisierung setzt und Abschottung vor das Recht auf Asyl stellt.

Libyen

März, 26 2026

Zwischen Grenzpolitik und Geheimhaltung: Die Finanzierung von Gewalt in Libyen

Im März veröffentlichten die NGO SOS MEDITERRANEE und das journalistische Netzwerk IRPI Media den Bericht „Finanzare la violenza“ (Finanzierung der Gewalt). Untersucht wird darin, wie europäische und italienische Steuergelder im Rahmen der „Migrationszusammenarbeit“ nach Libyen fließen. Im Zentrum steht das Programm SIBMMIL (Support to Integrated Border and Migration Management in Libya), das seit 2017 als größtes Projekt zur Migrationskontrolle zwischen Italien und Libyen gilt.

Der Bericht zeigt vor allem ein massives Transparenzproblem auf. Von den insgesamt 61,2 Millionen Euro, die für SIBMMIL bereitgestellt wurden, sind **27,1 Millionen Euro (rund 44 %) öffentlich nicht nachvollziehbar**. Obwohl IRPI Media zahlreiche Vergabeportale, Ministeriumsseiten und EU-Datenbanken ausgewertet hat, konnte nur ein Teil der Ausgaben rekonstruiert werden. Für den Rest bleibt unklar, wie die Mittel konkret verwendet wurden. Hinzu kommt, dass mehrere Anfragen auf Akteneinsicht an italienische Behörden laut Bericht vollständig abgelehnt wurden, auch nach Widersprüchen. Zur Begründung verwiesen die Behörden auf die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und die internationalen Beziehungen Italiens zu Libyen. Der Report sieht darin eine deutliche Verschärfung, weil ähnliche Anfragen einige Jahre zuvor noch erfolgreicher gewesen seien.

Zugleich legt der Bericht nahe, dass italienisch und europäisch finanzierte Unterstützung im Rahmen von SIBMMIL nicht nur die sogenannte libysche Küstenwache ausstattete, sondern auch Strukturen stärkte, die später dokumentierte Gewalt gegen zivile Rettungsschiffe ausübten. Ein zentrales Beispiel ist die **Motovedette Horn 664**, die Italien 2023 im Rahmen des EU-finanzierten Programms übergab und die im August 2025 die Ocean Viking angriff. Der Bericht dokumentiert darüber hinaus mindestens **24 Vorfälle** zwischen 2021 und Ende September 2025, an denen libysche Akteure, darunter die sogenannte libysche Küstenwache, und humanitäre Schiffe beteiligt waren. Parallel dazu stieg die Zahl der von libyschen Behörden auf See abgefangenen und nach Libyen zurückgebrachten Personen von rund 9.200 im Jahr 2019 auf über 27.000 im Jahr 2025.

Der Bericht macht jedoch nicht nur die konkrete Verwendung der Gelder sichtbar, sondern wirft auch die Frage nach den Profiteuren dieser Politik auf. Zu den Empfängern von Aufträgen und Finanzierungen gehörte unter anderem die Werft Cantiere Navale Vittoria, gegen die bereits wegen des Verdachts auf internationalen Waffenhandels und Korruption ermittelt wurde. Das Unternehmen erhielt fünf Aufträge im Wert von mehr als 7,7 Millionen Euro, davon über 6 Millionen Euro für drei

Boote für die libysche Küstenwache. Die Werft mit Sitz in Adria (Rovigo) ist auf militärisch, paramilitärisch und kommerziell nutzbare Schiffe spezialisiert und unterhielt Geschäftsbeziehungen mit Libyen bereits lange vor SIBMMIL.

SOS MEDITERRANEE beschreibt die Finanzierung als eine bewusste politische Entscheidung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen, um Migrant*innen von Europa fernzuhalten. Es wird insbesondere — und zurecht — kritisiert, dass Europa libysche Akteure unterstützt, obwohl seit Jahren bekannt ist, dass die bereitgestellte Ausrüstung für rechtswidrige und gewaltsame Praktiken genutzt wird.

Am 16. März wurde der Bericht in der **italienischen Abgeordnetenkammer** in Rom vorgestellt. Dabei formulierten SOS MEDITERRANEE und die beteiligten Akteur*innen mehrere **politische Forderungen**:

- Sie verlangen erstens eine unabhängige, transparente Untersuchung des Angriffs auf die Ocean Viking vom 24. August 2025. Dabei soll nicht nur der Vorfall selbst aufgeklärt, sondern auch die Verantwortung der direkten Täter sowie der dahinterstehenden Befehlskette ermittelt werden, da der Angriff bis heute straflos geblieben ist.
- Zweitens fordern sie wirksame und deutlich stärkere Kontroll- und Überwachungsmechanismen für migrationspolitische Kooperationsabkommen mit Drittstaaten, insbesondere für die Zusammenarbeit mit Libyen. Hintergrund ist die Kritik, dass EU-finanzierte Programme wie SIBMMIL mit gewaltsamen Abfangaktionen, Einschüchterung und Angriffen auf zivile Rettungsschiffe in Verbindung stehen.
- Drittens fordern sie vollständigen Zugang zu Dokumenten über die Mittelverwendung und eine regelmäßige Überprüfung der Auswirkungen solcher Abkommen auf die Grundrechte.

Auch Matteo Orfini, Abgeordneter im italienischen Abgeordnetenhaus der Partei Partito Democratico (PD), kritisierte in diesem Zusammenhang die systematischen Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Kooperation mit Libyen und sprach von einem „**monströsen Schleier der Intransparenz**“, der demokratische Kontrolle verhindere.

Den zuvor beschriebenen Forderungen schließen wir uns ausdrücklich an. Ebenso teilen wir den politischen Appell, dass **italienische und europäische Behörden** endlich entschlossen handeln müssen: Indem sie Menschen in Seenot retten, die Behinderung der zivilen Seenotrettung stoppen und indem sie zugleich aufhören, das Sterben von People on the move im Mittelmeer durch politische Entscheidungen in Kauf zu nehmen oder durch Kooperationen mit Staaten wie Libyen und Tunesien sogar noch zu fördern. Denn solange sichere Einreisewege fehlen und Bewegungsfreiheit systematisch eingeschränkt wird, bleibt Seenotrettung nur die Reaktion auf eine Gewalt, die politisch produziert wird. Je mehr finanzielle Mittel in die Unterstützung von Gewalt im Mittelmeer fließen, desto stärker wird diese Gewalt normalisiert und institutionell verankert. Unser Ziel darf deshalb nicht nur sein, dass Menschen gerettet werden müssen, sondern dass sie gar nicht erst gezwungen werden, unter tödlichen Bedingungen fliehen zu müssen. Der Bericht macht erneut unmissverständlich klar, dass uns jede weitere Finanzierung weiter von der Wahrung der Menschenwürde entfernt sowie vom Schutz des Lebens und der Rechte derjenigen, die den Weg nach Europa suchen. Gleichzeitig verfestigt sich ein ungerechtes System, in dem Migration und Solidarität kriminalisiert und humanitäre Helfer*innen von Akteuren, die unter anderem von der EU finanziert werden, wie bspw. die sogenannte libysche Küstenwache, angegriffen werden. Statt Schutz zu gewährleisten und Menschen in Seenot zu retten, trägt somit jede weitere Unterstützung der sogenannten libyschen Küstenwache dazu bei, Gewalt zu legitimieren und Menschen systematisch ihrer Sicherheit und Zukunft zu berauben.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des **Scirocco** sowie in unserem **Streiflicht** „**Verlorene Leben, unerzählte Geschichten**“.



Hier können Sie unseren **Podcast *Al Confine*** aus Italien anhören!

Sowie unseren neuen Podcast „**Mittelmeer, was geht?**“
Überall wo es Podcasts gibt!
[Podimo](#) [Spotify](#)

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

Mail: italia@borderline-europe.de

Instagram: https://www.instagram.com/borderline_europe/

Der Scirocco erscheint seit 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelbild: Wolfgang Hasselmann, unsplash